



**RITA  
SCHWARZELÜHR-  
SUTTER**

**Für Sie im  
Deutschen Bundestag**



# Newsletter

---

**vom 12. November 2018**

---

# Die Themen im Überblick

<b>Bundestag beschließt Rentenpakt.....</b>	<b>1</b>
<b>Für starke Pflege.....</b>	<b>1</b>
<b>Koalition stärkt Familien den Rücken – Das Familienentlastungsgesetz kommt .....</b>	<b>2</b>
<b>SPD-Fraktion sorgt für Ende der betäubungslosen Ferkelkastration.....</b>	<b>2</b>
<b>Kampf dem Umsatzsteuerbetrug beim Online-Versandhandel .....</b>	<b>3</b>
<b>Bund unterstützt Länder und Kommunen bei Integration und sozialem Wohnungsbau .....</b>	<b>3</b>
<b>Das Wir-Gefühl für den Zusammenhalt stärken .....</b>	<b>4</b>
<b>Zusätzliche Sonderausschreibungen bei Windkraft und Photovoltaik .....</b>	<b>4</b>
<b>Schnellere Umsetzung von Verkehrsprojekten .....</b>	<b>5</b>
<b>Für einen geregelten EU-Austritt Großbritanniens.....</b>	<b>5</b>
<b>Bundesregierung fördert Technologieentwicklung und Langzeittest im Normalbetrieb.....</b>	<b>5</b>
<b>Radioaktivitäts-Messstation auf dem Schauinsland wird mit neuester Technik ausgestattet.....</b>	<b>6</b>
<b>Besuchergruppe im Deutschen Bundestag.....</b>	<b>7</b>
<b>Folgen des Klimawandels längst auf der ganzen Welt zu spüren .....</b>	<b>7</b>
<b>Beschluss zur Erhöhung des Mindestlohns .....</b>	<b>9</b>
<b>Vorbereitung zur Klimakonferenz in Katowice.....</b>	<b>10</b>
<b>Kapitelhaus auf der Dominikanerinsel erhält Förderung aus Denkmalschutz .....</b>	<b>11</b>
<b>Mehr Geld für Langzeitarbeitslose im Kreis Waldshut .....</b>	<b>11</b>
<b>Radolfzeller Münster profitiert von Förderung des Bundes.....</b>	<b>11</b>

---

## Bundestag beschließt Rentenpakt

Die Koalition stoppt das Absinken des Rentenniveaus. Die Renten steigen künftig wieder wie die Löhne. Das hat der Bundestag am Donnerstag mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) beschlossen (Drs. 19/4668). Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen in diesem Land, denn gerade die junge Generation profitiert von einer Rente auf die man sich auch in Zukunft verlassen kann.

Mit diesem „Rentenpakt“ garantiert die Koalition das heutige Rentenniveau von 48 Prozent vor Steuern in einem ersten Schritt bis zum Jahr 2025. Die Rentenbeiträge der Arbeitgebenden und der Beschäftigten werden im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen. Dazu wird der Bund in den kommenden Jahren mit jährlich 2 Milliarden Euro eine Rücklage aufbauen, um die Beitragsobergrenze „demografiefest“ abzusichern.

Ein stabiles System der Altersvorsorge ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen – aus diesem Grund ist eine stärkere Finanzierung mit Steuergeldern gerechtfertigt. So wird auch gewährleistet, dass nicht eine Generation diese Aufgabe allein schultern muss.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente Vom 1. Januar 2019 an werden außerdem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente eingeführt. Wer künftig aus gesundheitlichen Gründen, zum Beispiel wegen Unfall oder Krankheit, nicht mehr arbeiten kann, muss sich auf den Schutz der Solidargemeinschaft verlassen können. Oft aber ist man von Armut bedroht, wenn man keine Arbeit mehr ausüben kann.

Darum sieht der Gesetzesentwurf vor, die Zurechnungszeit deutlich zu verlängern. Die Zurechnungszeit bedeutet eine fiktive Beschäftigungszeit, die die Basis für die Berechnung der Erwerbsminderungsrente bildet. Für Rentenzugänge im Jahr 2019 wird die Zurechnungszeit in einem Schritt auf das Alter von 65 Jahren und acht Monaten angehoben und für Neuzugänge von 2020 an schrittweise auf das vollendete 67. Lebensjahr.

Die Rente wird dann so berechnet, als hätten die Betroffenen nach Eintritt ihrer Erwerbsminderung bis zu diesem Alter weitergearbeitet. Von 2019 an profitieren jährlich rund 170.000 Versicherte von verbesserten Leistungen bei Erwerbsminderung.

### Ausweitung der Mütterrente

Der Rentenpakt umfasst auch Verbesserungen bei der so genannten Mütterrente: Müttern und Vätern, die beruflich eine Pause eingelegt und sich um ihre vor 1992 geborenen Kinder gekümmert haben, werden Erziehungszeiten besser anerkannt.

Ihnen wird ab dem kommenden Jahr ein weiteres halbes Jahr Kindererziehung angerechnet. Das führt zu einer spürbaren Verbesserung der Rente für rund

zehn Millionen Menschen, die sich um ihre Kinder gekümmert haben. Dass diese Regelung nun doch für alle gilt, und nicht nur für Eltern mit mindestens drei Kindern, hat die SPD-Fraktion durchgesetzt.

### Entlastung von Geringverdienenden

Außerdem sollen Beschäftigte mit geringerem Einkommen stärker bei den Rentenbeiträgen entlastet werden – ohne Rentenansparungen zu verlieren. Das bedeutet, dass zukünftig rund 3,5 Millionen Beschäftigte, die zwischen 450 und 1300 Euro monatlich verdienen, mehr Netto in der Tasche haben werden.

Mit diesen umfangreichen Maßnahmen stärkt die Koalition das Vertrauen in die gesetzliche Rente – die sich aller Unkenrufe zum Trotz auch in den Finanzkrisen als stabiler Faktor in der Alterssicherung erwiesen hat. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles sagte am Donnerstag vor dem Bundestag: „Mit der heutigen Rentenreform vollziehen wir einen grundsätzlichen Richtungswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente bleibt die wichtigste Säule der Altersversorgung. Das stellen wir heute sicher.“

Die Stabilisierung und Sicherung der gesetzlichen Rente für die Beschäftigten ist ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion. Darum werden die SPD-Abgeordneten weiter dafür kämpfen, diesen Weg fortzusetzen und das Rentenniveau bis 2040 zu stabilisieren.

## Für starke Pflege

Am Freitag hat der Bundestag das Pflegepersonalstärkungsgesetz verabschiedet (Drs. 19/4453). Das Gesetz ist die größte Reform in diesem Bereich seit mehr als zehn Jahren und ein wichtiger Schritt hin zu mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Gleichzeitig verbessert die Koalition mit dem Gesetz aber auch die Situation von pflegenden Angehörigen, die zeitweise selbst darauf angewiesen sind, Reha-Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Das Pflegepersonalstärkungsgesetz beinhaltet unter anderem ein Sofortprogramm für 13.000 neue Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen. Je nach Größe erhält jede Einrichtung bis zu zwei Stellen zusätzlich. In den Krankenhäusern werden die Pflegepersonalkosten von 2020 an aus den Fallpauschalen herausgenommen und den Krankenhäusern direkt erstattet. Das gab es zuvor noch nie. Damit entfällt der Anreiz, Pflegekosten zulasten des Personals einzusparen. Jede zusätzliche Pflegekraft und alle Tarifsteigerungen für Pflegerinnen und Pfleger werden zukünftig voll von den Krankenkassen übernommen.

Um Pflegefachkräfte nicht nur durch mehr Personal zu entlasten, verpflichtet die Koalition die Krankenkassen, mehr Gelder für Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuwenden.

Der Gesetzesentwurf sieht auch vor, von 2019 an die Ausbildungsvergütungen in der Kinderkrankenpflege, der Krankenpflege und der Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr durch die Kassen zu

refinanzieren. Damit soll die Bereitschaft zur Ausbildung gestärkt werden.

Außerdem unterstützt der Bund zukünftig für sechs Jahre gemeinsam mit den Krankenkassen die Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Verbesserung für pflegende Angehörige ist der Rechtsanspruch auf stationäre Reha-Leistungen. Denn wer auf Reha-Leistungen angewiesen ist und gleichzeitig einen Angehörigen pflegt, kann solche Leistungen für sich selbst in der Regel nicht ambulant wahrnehmen.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz sorgen wir für die Abschaffung des Gewinnprinzips in der Pflege. Kosten für Pflegekräfte sind künftig nicht mehr Bestandteil von Fallpauschalen, sondern werden Krankenhäusern eins zu eins erstattet. Auch das ist eine langjährige SPD-Forderung. Außerdem werden künftig Tarifsteigerungen vollständig von den Krankenkassen refinanziert. Dieser Schritt liegt uns besonders am Herzen, weil wir uns seit Jahren dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit es auch Pflegenden und Gepflegten besser geht.“

Das Gesetz, das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist, tritt zu Jahresbeginn 2019 in Kraft.

## Koalition stärkt Familien den Rücken – Das Familienentlastungsgesetz kommt

Die Unterstützung und Stärkung von Familien ist ein erklärtes Ziel der Koalition und wesentlicher Eckpfeiler der familienpolitischen Maßnahmen, die die SPD-Fraktion vorgebracht hat. Mit dem Familienentlastungsgesetz, das der Bundestag am Donnerstag in 2./3. Lesung verabschiedet hat, entlastet die Koalition Familien um 10 Milliarden Euro im Jahr (Drs. 19/4723).

Das Kindergeld wird ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht. Der Kinderfreibetrag wird entsprechend angepasst (2019 und 2020 um jeweils 192 Euro).

Und es wird sichergestellt, dass das Existenzminimum auch weiterhin steuerfrei bleibt. Das geschieht, indem der Grundfreibetrag von derzeit 9000 Euro angehoben wird (2019 um 168 Euro und 2020 um 240 Euro). Ein Beispiel: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro hat von 2020 an 454 Euro mehr pro Jahr.

Zusätzlich sorgt die Koalition dafür, dass Lohnsteigerungen auch wirklich im Geldbeutel der Beschäftigten ankommen. Steuerliche Mehreinnahmen werden genutzt, um die „kalte Progression“ (höhere Steuern aufgrund höherer Löhne) durch Anpassung des Steuertarifs auszugleichen. Denn gerade Familien sind darauf angewiesen, dass Lohnsteigerungen nicht durch die Inflation und höhere Steuern aufgefrissen werden. So werden die verfügbaren Einkommen von allen Familien gestärkt.

Das sind erste wichtige Bausteine für ein solidarisches Land und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Hinzu werden unter anderem die Erhöhung des Kinderzuschlages kommen, der Abbau von Kitagebühren ebenso wie der Abbau des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent der Zahlerinnen und Zahler. Kinder sollen die besten Chancen für ihre Zukunft bekommen, und ihre Eltern sollen sie dabei bestmöglich unterstützen können.

## SPD-Fraktion sorgt für Ende der betäubungslosen Ferkelkastration

Am Freitagmittag hat der Bundestag in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zur Änderung des Tierschutzgesetzes debattiert (Drs. 19/5522).

Es geht um eine Verlängerung der Übergangsfrist zur betäubungslosen Kastration von Ferkeln. Das ist notwendig geworden, weil die SPD-Bundestagsfraktion im Oktober dieses Jahres vor der Entscheidung stand: Entweder gefährdet die Fraktion durch das Auslaufen der Übergangsfristen vor allem kleine und mittlere Ferkelzuchtbetriebe in ihrer Existenz – denn dann wären im Ausland gezüchtete Ferkel nach Deutschland importiert worden, die auf eine Art kastriert worden sind, die dem deutschen Tierschutzgesetz nicht entspricht.

Oder die Fraktion stimmt einer Fristverlängerung zu, die die Existenz der Ferkelzüchter in Deutschland sichert und holt bei den Verhandlungen wichtige Punkte für den Tierschutz heraus. Außerdem könnte sie rechtssicher, dass spätestens zum 31. Dezember 2020 Schluss ist mit betäubungsloser Kastration.

Die SPD-Fraktion hat sich für letztere Möglichkeit entschieden und dabei erreicht:

- dass das Bundeslandwirtschaftsministerium mit einer Rechtsverordnung endlich zum Handeln verpflichtet wird – nachdem es über Jahre hinweg durch Nichtstun eine unsichere Situation für die Ferkelzüchter herbeigeführt hat;
- dass der hohe Tierschutz-Standard von NEULAND (Betäubung mittels Masken) zukünftig bundesweit als praxistaugliche Alternative zur Verfügung steht,
- dass eine Informationskampagne durchgeführt wird, damit auch andere Alternativen wie die Ebermast oder Impfung (Immunokastration) eine realistische Chance am Markt bekommen;
- dass es Unterstützung für die Ferkelzüchter bei der Einführung der neuen Betäubungsmethoden geben wird;

- dass die Koalition eine Informationskampagne und ein Förderprogramm zur Unterstützung bei der Anschaffung der Narkosegeräte auflegt, um vor allem kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen;
- dass in einem Entschließungsantrag festgehalten wird, dass nun endlich auch beim Kupieren von Schwänzen und Enthornen von Tieren der Ausstieg eingeläutet. Dieser Entschließungsantrag wird gerade mit der Unionsfraktion verhandelt und mit dem Gesetzentwurf zur 2./3. Lesung beschlossen. Der Gesetzentwurf enthält übrigens detaillierte und verbindliche Vorgaben an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. So wird sichergestellt, dass die Ferkelzüchter nicht erneut im Stich gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund und nach Abwägung der Interessen der Ferkelzüchter und des Tier-schutzes, kann die SPD-Fraktion der Verlängerung der Übergangsfrist bis spätestens zum 31. Dezember 2020 letztmalig zustimmen.

## Kampf dem Umsatzsteuerbe- trag beim Online-Versand- handel

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung ein Gesetz beschlossen, um eine steuerliche Lücke beim stetig wachsenden Online-Versandhandel zu schließen (Drs. 19/4455, 19/4858).

Momentan wird die Umsatzsteuer an vielen Stellen nicht ordnungsgemäß abgeführt. Zukünftig wird die Bundesregierung deshalb stärker gegen Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel vorgehen.

Im Mittelpunkt des Gesetzentwurfs steht die Verpflichtung von Plattformbetreibern im Internet, ab dem 1. Januar 2019 relevante Daten der bei ihnen aktiven Händler zu erfassen, um eine Prüfung durch die Steuerbehörden zu ermöglichen. Gegenwärtig ist das nicht der Fall und führt Schätzungen zufolge zu jährlichen Steuerausfällen im dreistelligen Millionenbereich.

Außerdem wird eine Haftung der Plattformbetreiber für die nicht gezahlte Umsatzsteuer eingeführt, die unter bestimmten Bedingungen greift, zum Beispiel wenn der steuerhinterziehende Händler keine Bescheinigung für seine steuerliche Registrierung vorlegt. Die neue Regelung ist von der Bundesregierung und den Bundesländern im Einklang mit EU-Recht erarbeitet worden.

Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, betont: „Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde die Frist für die Aufbewahrung der aufzuzeichnenden Angaben von sechs auf zehn Jahre ver-

längert. Damit können auch schwere Fälle von Steuerhinterziehung über einen langen Zeitraum von den Behörden verfolgt werden.“

**Steuerliche Förderung für Elektro- und Hybridfahrzeuge**

Mit dem Gesetz wird außerdem eine neue steuerliche Förderung für Elektro- und Hybridfahrzeuge eingeführt. Steuerpflichtige sollen die private Nutzung eines betrieblichen Elektro- oder Hybridfahrzeugs monatlich nur noch mit einem Prozent des halbierten, statt des gesamten inländischen Bruttolistenpreises versteuern müssen. Die neue steuerliche Förderung soll auf Fahrzeuge angewandt werden, die im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021 angeschafft werden.

## Bund unterstützt Länder und Kommunen bei Integration und sozialem Wohnungsbau

Am Freitag hat das Parlament in erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen beraten (Drs. 19/5465).

In dieser Wahlperiode hat der Bund zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Länder und Kommunen auf den Weg gebracht, etwa bei der Kinderbetreuung, dem sozialen Wohnungsbau oder bei der Modernisierung der kommunalen Infrastruktur.

Auch bei den Integrationskosten, die den Ländern und Kommunen, zum Beispiel bei der Unterbringung, Verteilung und Versorgung von Asylsuchenden oder der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter entstehen, übernimmt der Bund seit 2016 Verantwortung. In den Jahren 2016 bis 2018 wurden den Ländern dafür jährlich 2 Milliarden Euro im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung zur Verfügung gestellt.

Die Herausforderung, die mit der Aufnahme vieler Geflüchteter 2015 und 2016 einhergeht, ist nach wie vor eine gesamtstaatliche Aufgabe. Darum haben die Bundesregierung und die Landesregierungen im September 2018 beschlossen, die Bundesunterstützung für die Integrationskosten um ein weiteres Jahr zu verlängern und sie einmalig um 435 Millionen Euro für eine verbesserte Kinderbetreuung auf rund 2,4 Milliarden Euro zu erhöhen.

Auch die Kosten der Kommunen für Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte werden vollständig durch den Bund in Höhe von 1,8 Milliarden Euro finanziert.

Mehr für den sozialen Wohnungsbau  
Zusätzlich dazu erhalten die Länder einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer, der sich aus der Abrechnung der tatsächlichen Fallzahlen ergibt. Die Berücksichtigung der Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wird 2019 fortgesetzt. Ins-

gesamt kann so eine solidarische Verteilung der Integrationskosten bis Ende 2019 gewährleistet werden.

Da auf dem Wohnungsmarkt nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und zu wenig bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, stellt der Bund den Ländern auch hier für weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung. Das in erster Lesung beratenes Gesetz legt einen höheren Beitrag der Bundesförderung für den sozialen Wohnungsbau von 2019 an fest. 500 Millionen Euro werden zusätzlich zur Verfügung gestellt. Dadurch beläuft sich die Bundesförderung für den sozialen Wohnungsbau bis 2021 auf insgesamt 5 Milliarden Euro.

Zugunsten der Länder wird mit dem vorliegenden Gesetz ein weiterer Aspekt der Umsatzsteuerverteilung neu geregelt. Die Beteiligung der Länder an der Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ wird Ende 2018 beendet, weil dieser vollständig getilgt sein wird. Zukünftig kommen den Ländern dadurch rund 2,2 Milliarden Euro zusätzlich aus dem Umsatzsteuererlös zu.

## Das Wir-Gefühl für den Zusammenhalt stärken

Am Mittwoch hat der Bundestag in einer so genannten Orientierungsdebatte über gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland diskutiert. Die Koalition hat dazu eine Kommission eingesetzt, die bis Juli 2019 Lösungsvorschläge zur Angleichung der Lebensverhältnisse erarbeiten soll.

Noch immer gibt es in Deutschland ganze Regionen, die nicht auf gleiche Weise am Wohlstand teilhaben können, wie andere; vor allem gibt es viele Landstriche, in denen kaum noch junge Menschen leben, wo es keine Ärzte mehr gibt, kaum noch Busse fahren, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Kinos fehlen. Das gefährdet den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

In der vereinbarten Debatte sagte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, die auch Mitglied der Kommission ist, die Politik müsse eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten. Dazu müssten Straßen und Schienen in Schuss sein, aber auch die Jugendarbeit gefördert werden. Ein Vierklang aus Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft müsse dafür sorgen, dass jeder daran beteiligt werden kann, seine Region mitzuentwickeln. „Dann schauen die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft“, so Giffey. Die Politik müsse „das Wir-Gefühl für den Zusammenhalt stärken“. Es gehe dabei nicht um Gleichmacherei, sondern um Gleichwertigkeit. Giffey resümierte: „Deutschland wird nur so stark sein, wie wir die Schwächsten gut unterstützen. Deshalb ist es nötig, dorthin zu schauen, wo die strukturschwachen Regionen sind – in der Stadt, im Land, in Ost und in West.“

**Kommunen stärken**  
Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, forderte, jede Region müsse in die

Lage versetzt werden, für Zusammenhalt vor Ort sorgen zu können. Das sei „eine der wichtigsten Aufgaben dieser Koalition“. Dazu gehöre auch, die Kommunen von zu hohen Sozialkosten zu entlasten und die Teilung von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zu überwinden. Daldrup: „Alle haben den Anspruch auf Bildung und Erziehung, auf eine gute gesundheitliche Versorgung, auf Arbeit und Ausbildung, auf eine gute Infrastruktur, und zwar unabhängig vom Wohnort.“

Carsten Sieling (SPD), Bürgermeister von Bremen, sagte vor dem Parlament: „Die Schaffung vergleichbarer Chancen für alle Menschen in unserem Land gehört zu den großen Aufgaben unserer Zeit.“ Das Versprechen zu gleichwertigen Lebensverhältnisse sei seit langem brüchig geworden.

Elisabeth Kaiser, SPD-Abgeordnete, forderte, Städte und Gemeinden fit zu machen, Priorität auf schnelles Internet zu setzen und die Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur zu gewährleisten.

## Zusätzliche Sonderausschreibungen bei Windkraft und Photovoltaik

Am Freitag hat der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiepolitischer Gesetze beraten (Drs. 19/5523).

Die SPD-Fraktion hat mit dem Koalitionspartner über die Sonderausschreibungen für Windkraft und Photovoltaik eine Einigung erzielt und will die Beteiligung der Städte und Kommunen an der Energiewende stärken.

Zum Hintergrund: Im Koalitionsvertrag von 2018 setzte sich die SPD-Fraktion mit der Forderung durch, den Umbau der Energieerzeugung in Deutschland stärker als bisher voranzutreiben. Mit Sonderausschreibungen (d. h. zusätzlicher wettbewerblicher Vergabe von 8 Gigawatt Erzeugungskapazitäten aus Erneuerbaren Energien) für den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik an Land erhöht die Koalition den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion.

Dieser zusätzliche Ausbau geht über die Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG 2017 hinaus und wird mit jeweils vier Gigawatt (GW) für Wind und Photovoltaik in den nächsten drei Jahren ausgeschrieben. Das bedeutet, dass die bisherigen Ausschreibungsmengen 2019 um jeweils 1 GW, 2020 um jeweils 1,4 GW und 2021 um jeweils 1,6 GW steigen.

Damit leistet die Koalition einen zusätzlichen Beitrag und macht Tempo, um den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen. Das konnten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen die Union durchsetzen, die zusätzliche Kapazitäten bei Windkraft bislang abgelehnt hat.

---

Mehr Akzeptanz für Windkraftanlagen  
Neben den Sonderausschreibungen bringt die Koalition Maßnahmen auf den Weg, die die Akzeptanz für Windkraftanlagen in der Bevölkerung erhöhen sollen. Dazu wird es Änderungen bei den rot-blinkenden Warnleuchten an den Windrädern geben. Die Signalleuchten werden zukünftig nachts nur blinken, wenn tatsächlich ein Flugzeug in der Nähe ist (die sogenannte bedarfsgerechte Befeuerung).

Außerdem wird die Koalition eine Arbeitsgruppe zur Akzeptanz des weiteren Ausbaus von Windkraft an Land einsetzen, die bis zum 31. März 2019 Ergebnisse vorlegen wird. Die von den Koalitionsfraktionen eingesetzte AG wird sich zum Beispiel mit Fragen der finanziellen Beteiligung oder der Stärkung der Entscheidungsbefugnisse von Städten und Kommunen beschäftigen.

Die Koalition setzt damit die Vereinbarungen aus dem Koalitionsausschuss um. Darüber hinaus sind im Entwurf zum Energiesammelgesetz zahlreiche Regelungen enthalten, die die SPD-Fraktion auch im Rahmen einer Anhörung sorgfältig prüft und mit dem Koalitionspartner diskutieren wird.

## Schnellere Umsetzung von Verkehrsprojekten

Die Bundesregierung investiert in den kommenden Jahren in die Modernisierung und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Doch aufgrund vielfältiger Erfordernisse und umfassender Abstimmungsbedarfe im Vorfeld einer Baumaßnahme vergeht oft zu viel Zeit, bis sie durchgeführt werden kann.

Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz, das am Donnerstag im Bundestag beschlossen wurde, sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich zukünftig effizienter und schneller werden (Drs. 19/4459, 19/4731).

Zentrale Punkte des Entwurfs sind: Vermeidung von Doppelprüfungen; Reduktion von Schnittstellen; höhere Effizienz der Verfahren; mehr Transparenz und Digitalisierung bei der Bürgerbeteiligung sowie beschleunigte Gerichtsverfahren.

Zudem sollen bei Versagung der Genehmigung einfach rückgängig zu machende vorbereitende Maßnahmen ermöglicht werden.

Der Gesetzentwurf sieht schließlich eine höhere Zweckausgabenpauschale vor, um in der Übergangsphase bis zum Betriebsbeginn der Infrastrukturgesellschaft eine höhere Beteiligung des Bundes an den Planungskosten zu ermöglichen.

## Für einen geregelten EU-Austritt Großbritanniens

Im Juni 2016 stimmte in Großbritannien eine knappe Mehrheit in einer Volksabstimmung für den Austritt des Landes aus der Europäischen Union. Großbritannien wird deshalb zum 29. März 2019 aus der Europäischen Union austreten.

Gegenwärtig wird dazu ein Austrittsabkommen verhandelt. Dessen Entwurf sieht vor, dass nach dem formalen Austritt Ende März eine Übergangsphase beginnt, in der Großbritannien bis Ende 2020 weiter wie ein Mitgliedstaat behandelt wird, aber in den Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene keine Mitsprache mehr hat.

Im Bundestag ist am Freitag in erster Lesung deshalb ein Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten worden, der für diesen Übergangszeitraum Rechtsklarheit schafft. Das Brexit-Übergangsgesetz (Drs. 19/5313) sieht vor, dass, wenn im Bundesrecht von den EU-Mitgliedstaaten die Rede ist, auch Großbritannien dazu zählt, sofern keine der im Gesetzentwurf genannten Ausnahmen greift.

Zugunsten britischer und deutscher Staatsangehöriger wird außerdem unter bestimmten Bedingungen die doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen, wenn diese vor Ablauf des Übergangszeitraums einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben.

Das soll auch dann gelten, wenn über die Einbürgerung erst nach Ablauf des Übergangszeitraums entschieden wird. Damit sollen unbillige Härten für die Betroffenen vermieden werden, deren Lebensplanungen durch den Brexit sonst in Frage gestellt werden würden.

## Bundesregierung fördert Technologieentwicklung und Langzeittest im Normalbetrieb

Die Bundesregierung leitet einen umfangreichen Praxistest schwerer Elektro-LKW ein. Zehn verschiedene Handels- und Logistikunternehmen werden die LKW, die ausschließlich mit Strom fahren, nun im täglichen Warenverkehr ausprobieren. Der Einzelhandels-Verbund Edeka startet heute damit und nutzt ein Jahr lang einen vollelektrischen LKW über 25 Tonnen, der zwischen 150 und 300 Kilometer pro Tag zurücklegen soll. Der Einsatz der Elektro-LKW wird wissenschaftlich begleitet.

Wer Nachhaltigkeit im Unternehmen großschreibt, muss schon in der Lieferkette und Logistik beginnen. Der Einsatz schwerer E-LKW kann zu mehr Lebensqualität, sauberer Luft und Klimaschutz in den Städten beitragen. Und gleichzeitig nutzen wir Klimaschutz als Innovationstreiber. Mit diesem Praxistest machen wir einen wichtigen Schritt hin zu dem Ziel,

alle relevanten Fahrzeugklassen mit Verbrennungsmotor alternativ auch mit Strom betreiben zu können. Selbst wenn wir so viele Güter wie möglich auf die Schiene verlagern – einen Verkehr ohne LKW wird es nicht geben, insbesondere im lokalen und regionalen Verteilverkehr. Auch darum ist die Elektrifizierung der LKW für unsere Klimaziele so wichtig.

An diesem Flottentest nehmen zehn Kunden aus unterschiedlichen Branchen in Deutschland und der Schweiz teil.

#### **Die Unternehmen sind:**

Edeka, Dachser, Hermes, Kraftverkehr Nagel, Ludwig Meyer, pfenning logistics, TBS Rhein-Neckar und Rigterink in Deutschland, Camion Transport und Migros in der Schweiz.

Diese Firmen verteilen Waren im Stadtverkehr in völlig unterschiedlichen Branchen und Kategorien. Die Palette reicht von Lebensmitteln bis zu Bau- und Werkstoffen. Die Fahrzeuge werden dabei für Aufgaben eingesetzt, die sonst mit konventionellen Dieselantrieben erledigt werden.

Die Elektro-LKW-Flotte ist mindestens bis Mitte 2020 im Einsatz. Mit ihr sollen unter anderem der Energiebedarf und die Wirtschaftlichkeit der Elektro-LKW bei den verschiedenen Einsatzszenarien ermittelt sowie in einer Öko-Bilanzierung die Umweltperformance der E-LKW mit Diesel-Trucks über den gesamten Lebenszyklus verglichen werden. Die Forschungserkenntnisse fließen noch während der Tests in die Optimierungen der Fahrzeuge ein.

#### **Übergabe eines E-LKW an EDEKA**



Foto: BMU/Sascha Hilgers

#### **Weitere Informationen**

Die Bundesregierung fördert mit ihrem Projekt "Concept ELV2" die Entwicklung und Erprobung schwerer Elektro-LKW im Verteilverkehr. Das Vorhaben ist in zwei Teile gegliedert. Zum einen die Technologie-Entwicklung, in deren Rahmen zehn Elektro-LKW umgebaut und auf nichtöffentlichen Strecken ausgiebig getestet werden. Dieser Teil wird durch das Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Zum anderen gibt es den Test im realen Straßenverkehr. Hierfür werden LKW in den aktuellen Flotten von Handels- und Logistik-Unternehmen mit Stromantrieben ausgestattet und über längere Zeit im normalen Kundenbetrieb getestet. Diesen Teil des Forschungsprojektes fördert das Bundesumweltministerium.

Das BMU und das BMWi haben Ende 2017 eine gemeinsame Richtlinie zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität veröffentlicht.

Im Fokus der Förderrichtlinie stehen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die die energie- und klimapolitischen Potenziale der Elektromobilität erschließen und gleichzeitig zur Stärkung der Wettbewerbsposition deutscher Industriebranchen beitragen.

Im Rahmen des BMU-Programms "Erneuerbar mobil" wurden bereits weit über 100 Projektpartner mit mehr als 250 Millionen Euro gefördert.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

## **Radioaktivitäts-Messstation auf dem Schauinsland wird mit neuester Technik ausgestattet**



Mit der Präsidentin des BfS, Inge Paulini  
Foto: Christina Horn

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) betreibt auf dem Schauinsland eine der weltweit führenden Stationen zur Messung der Radioaktivität in der Umwelt. Heute am 25.10.2018 habe ich mit der Präsidentin des BfS, Inge Paulini, ein neues Messgerät eingeweiht. Der neue vollautomatische Luftsammler (Radionuclide Aerosol Sampler and Analyzer, RASA) ist in der Lage, selbst geringste Konzentrationen radioaktiver Stoffe im Luftstaub nachzuweisen. Die Messstation auf dem Schauinsland ist Deutschlands wichtigster Beitrag zur Überwachung des internationalen Kernwaffenstopp-Abkommens (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT).

Die Kernwaffentests in Nordkorea aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass die Überwachung des Kernwaffenteststopp-Abkommens auch heute noch von großer Bedeutung ist. Hierfür wird modernste Technik benötigt. Es ist zu begrüßen, dass das BfS jetzt über diese Technik verfügt.



Inge Paulini ergänzte: "Mit der Installation der neuen Messtechnik wird die gut 70-jährige Erfolgsgeschichte der Radioaktivitätsmessung auf dem Schauinsland fortgeschrieben. Seit 1957 wird hier die natürliche und künstliche Radioaktivität in der Atmosphäre kontinuierlich überwacht. Mit der neuen Messtechnik kann praktisch jeder oberirdische Kernwaffentest weltweit nachgewiesen werden."

Die Messstation auf dem Schauinsland ist eine von weltweit 70 Radionuklidstationen des internationalen Messnetzes (International Monitoring System, IMS) zur Überwachung des internationalen Kernwaffenstopp-Abkommens und Deutschlands wichtigster Beitrag hierzu. Der Kernwaffenstopp-Vertrag von 1996 ist eines der zentralen internationalen Abkommen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen.

Bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg hatten Freiburger Forscherinnen und Forscher damit begonnen, auf dem 1200 Meter hohen Schauinsland bei Freiburg die kosmische Höhenstrahlung zu messen. Im März 1953 stießen sie dabei auf ungewöhnliche Werte, die sich als Spuren von radioaktivem Fallout eines Atombombentests in der Wüste von Nevada (USA) herausstellten. Den Forscherinnen und Forschern war es damit erstmals gelungen, radioaktive Stoffe aus Atombombentests anderer Staaten in Deutschland nachzuweisen. Die letzte oberirdische Atombombenexplosion im Oktober 1980 in China konnte ebenfalls auf dem Schauinsland nachgewiesen werden. Auch die radioaktive Wolke, die nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl im Frühjahr 1986 über Europa hinweg zog, wurde auf dem Schauinsland frühzeitig registriert.

Heute können mit modernen Messverfahren selbst geringste Konzentrationen radioaktiver Stoffe in der Luft nachgewiesen werden. So wurden nach dem Unfall im Kernkraftwerk in Fukushima 2011 in der Messstation auf dem Schauinsland kleinste Spuren der Radioaktivität gemessen, die in Japan freigesetzt worden waren und sich über Nordamerika nach Europa ausbreiteten.

Die neue Messstation ist in einem eigens dafür errichteten Anbau untergebracht und verfügt über eine Vielzahl von Apparaturen, mit denen Messwerte auch im Rahmen des Notfallschutzes erhoben werden.

Eine Besonderheit auf dem Schauinsland ist die Messung der radioaktiven Edelgase Krypton-85 und Xenon-133 in der Atmosphäre. Im kalten Krieg war es hierdurch mittels jahrzehntelanger Messungen von Krypton-85 gelungen, die Menge kernwaffenfähigen Plutoniums und damit die Kernwaffenarsenale der Supermächte abzuschätzen. Für die Entdeckung von Kernwaffentests ist insbesondere der Nachweis von radioaktivem Xenon von Bedeutung, da Xenon bei unterirdischen Kernwaffentests in geringen Mengen austreten kann. Weltweit gibt es nur wenige Labore, die mit dieser hochempfindlichen Messtechnik vertraut sind.

Quelle: BMU / BfS

## Besucherguppe im Deutschen Bundestag

Auf meine Einladung hin nahmen vom 22. bis 25. Oktober 50 politisch Interessierte aus den Betreuungswahlkreisen Rottweil-Tuttlingen, Lörrach und Konstanz an einer Informationsfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in der Hauptstadt Berlin teil.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Bei der Diskussion mit meinen Gästen kamen wir schnell auf die aktuelle Lage in der SPD zu sprechen. Ich kann verstehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger mit Unverständnis oder gar Wut auf die Politik in den letzten Wochen geblickt haben. Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass wir mit dem Gute-Kita-Gesetz, der Rückkehr zur Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, dem Familienentlastungsgesetz oder aber der Musterfeststellungsklage wichtige sozialdemokratische Vorhaben auf den Weg gebracht haben und setzen diese um. Das kommt vielen Menschen in unserem Land zugute, wurde aber in der Öffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen. Schade, denn die Politik der SPD kann sich sehen lassen.

In der lebendigen Diskussion mit den vielen Genossinnen und Genossen wurden auch die Themen des derzeitigen Miteinanders und die Kommunikation untereinander angesprochen. Für die Gesellschaft wünsche ich mir, dass wir uns wieder mehr Zeit dafür nehmen, Dinge zu beraten, zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, die von der großen Mehrheit akzeptiert werden können. Demokratie bedeutet immer auch Kompromiss.

Auf dem Programm für die Besucher standen neben dem Besuch im Deutschen Bundestag auch eine Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt, ein Informationsgespräch im Bundesumweltministerium sowie der Besuch der Gedenkstätte, Berlin, Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen zentralen Untersuchungsanstalt der Stasi.

## Folgen des Klimawandels längst auf der ganzen Welt zu spüren

Bundespräsident überreichte heute in Erfurt Deutschen Umweltpreis der DBU

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den „Tausenden von Menschen“ im Land gedankt, dass das Wissen um Umwelt und Umweltschutz „in der Mitte der Gesellschaft tatsächlich angekommen“ sei. Bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) heute in Erfurt betonte er, Umwelt- und Klimaschutz gingen jeden Einzelnen etwas an „und jeder Einzelne kann hier etwas tun“. Gelingen könne eine große Aufgabe wie diese aber nur, „wenn wir Umwelt und Klimaschutz im globalen Kontext sehen. Die Umwelt endet nicht an Landesgrenzen, und auch ihr Schutz endet nicht dort. Die Folgen des Klimawandels sind längst auf der ganzen Welt spürbar, und sie sind existenziell.“ – Aus den Händen Steinmeiers erhielten die Meeresbiologin Prof. Dr. Antje Boetius (Bremerhaven) und ein interdisziplinäres Abwasser-Expertenteam aus Leipzig um Prof. Dr. Roland A. Müller, Dr. Manfred van Afferden, Dr. Mi-Yong Lee und Dipl.-Ing. Wolf-Michael Hirschfeld den höchstdotierten, unabhängigen Umweltpreis Europas.



„Fatal, wenn sich einer der größten Treibhausgasmittenten der Welt zurückzieht“

Vor rund 1.200 Festgästen – darunter die jordanische Botschafter Basheer Zoubi, der Parlamentarische Staatssekretär des jordanischen Wasserministeriums, Ali Subah, Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund und der frühere DBU-Umweltpreisträger und Bundesminister a.D. Prof. Dr. Klaus Töpfer – nannte es Steinmeier mit Blick auf die USA „fatal, wenn sich einer der größten Treibhausgasmittenten der Welt zurückzieht und die multilaterale Zusammenarbeit sogar insgesamt in Frage stellt“. Auch wenn der Weg zu globalen Lösungen nicht einfach sei und es dabei immer wieder weitere Rückschläge gebe, müssten „alle staatlichen und nicht-staatlichen Ebenen für den Klimaschutz zu einer größeren und funktionierenden Allianz zusammenfinden“. Das Staatsoberhaupt: „Wir können und wir werden auch weiterhin Fortschritte machen, wenn wir mit all denen zusammenarbeiten, die weiterhin an multilaterale Lösungen glauben – und die gibt es in allen Teilen der Welt, auch in den USA!“

Steinmeier fordert, dass Deutschland internationalen Verpflichtungen nachkommt

Die Klimawandel-Folgen seien nicht errechnet oder würden in eine ferne Zukunft prognostiziert. Vielmehr seien sie mit eigenen Augen auch bei uns jetzt schon zu sehen: Gletscherschmelze, häufigere Sturmschäden oder Veränderungen der Vegetationsgrenzen seien spürbare Zeichen – und immerhin

seien ja in diesem Jahrhundertsommer die Themen Trockenheit und Wasser „auch an den Abendbrotstischen der Deutschen“ angekommen. Wir müssten gemeinsam und schnell handeln, mahnte Steinmeier an: „Und natürlich muss Deutschland den internationalen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, auch tatsächlich nachkommen. Ich bin sicher, wir können das! Und andere vertrauen darauf, dass gerade wir – als eine starke Volkswirtschaft – unsere Vorreiterrolle, die wir beim Einsatz von erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien gespielt haben, nicht aufgeben.“ Die Auseinandersetzungen um Klima und Umweltschutz – Stichwort Hambacher Forst – würden zunehmend unerbittlich. Aber um die zahlreichen und dringlichen Aufgaben gemeinsam zu lösen, müssten alle gesellschaftlichen Akteure einbezogen werden, um einen Ausgleich ökologischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Interessen immer wieder hinzubekommen. Ermutigend sei, dass mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf internationaler Ebene ein gewaltiger Fortschritt erzielt worden sei. Der Weltgemeinschaft könne es gelingen, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen – auch beim Klimaschutz. Das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 sei zwar wie alle multilateralen Abkommen nicht perfekt, aber es sei die Grundlage für alle weitere Zusammenarbeit – „und das muss es auch bleiben“.

„Klimawandel und Wassermangel treiben immer mehr Menschen zur Flucht“

Auch der Schutz des Wassers sei von zentraler Bedeutung, sei es doch Lebenselixier, Lebensmittel und Lebensfreude. In vielen Teilen der Welt, in denen mehr als zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser hätten, seien Menschen im täglichen Überlebenskampf. Steinmeier: „Regionen, in denen der wenige Regen ganz ausbleibt, werden immer zahlreicher. Klimawandel und Wassermangel treiben immer mehr Menschen zur Flucht.“ Deshalb sei er sich nicht sicher, ob die Nachricht über die Befahrbarkeit der Nordwestpassage wirklich eine gute Nachricht sei – beschreibe sie doch zugleich, dass Klimaveränderungen gewaltigen Ausmaßes die Bedingungen im Polarmeer entscheidend verändern würden. Und schwinde das Polareis, würden nicht nur die Wasserpegel steigen, seien nicht nur viele Küstenregionen, gar ganze Inselstaaten in ihrer Existenz bedroht, sondern – weitaus dramatischer noch – gerate mit dem Abschmelzen des Polareises die Balance des Weltklimas endgültig aus den Fugen.

„Sie machen auch Mut – und das ist unendlich wichtig“

Deshalb freue er sich umso mehr, den Deutschen Umweltpreis Wissenschaftlern zu überreichen, die sich mit dem Schutz des Wassers und der Meere beschäftigen. Prof. Boetius etwa lasse keinen Zweifel daran, wie weit der Klimawandel schon vorangeschritten sei und an der Dringlichkeit des Handelns. Aber Pessimismus strahle sie deshalb trotzdem nicht aus. Ihre Zuversicht habe vielmehr eine Strahlkraft, die andere mitziehe. Das Ozonloch, das sich offenbar langsam wieder zu schließen beginne, nachdem das Problem erkannt und die internationale Staatengemeinschaft entsprechende Schritte eingeleitet

habe, sei für sie ein Beispiel, auf die Vernunft und Verantwortung der Menschen hoffen zu können. Die Arbeit der Leipziger Abwasser-Experten trage dazu bei, dass Jordanien als eines der wasserärmsten Länder der Welt dem erklärten Ziel der Vereinten Nationen nach sauberem Wasser für alle näher komme, obwohl es durch den Krieg in Syrien mehr als 650.000 Menschen Zuflucht gegeben habe, inoffiziell seien es vermutlich mindestens noch einmal so viele. Dass Jordanien dennoch Hilfsbereitschaft zeige, sei eine Leistung, „die gar nicht hoch genug zu schätzen ist“, so Steinmeier. Die kostbare Ressource Wasser zu schützen, sei für Jordanien existenziell. Mit dem flexiblen, dezentralen Abwassersystem sei ein Paradigmenwechsel gelungen mit der Perspektive, die Menge des gereinigten Abwassers bis 2025 fast zu verdoppeln. Steinmeier über die Preisträger: „Sie vollbringen nicht nur Pionierleistungen, sondern zeigen Wege und Auswege, Perspektiven für eine bessere Zukunft! Und das ist unendlich wichtig in dieser Zeit voller Krisen, Umbrüche und Verunsicherung. Sie zeigen uns, dass der Klimawandel eben kein Schicksal ist, sondern dass wir dagegen etwas tun können oder dass wir unsere Zukunft gestalten können.“

Jury lobte Engagement der Preisträger

Als Mitglieder der Jury des Deutschen Umweltpreises, auf deren Vorschlag hin das Kuratorium der Stiftung die jeweiligen Preisträger eines Jahres auswählt, gingen Prof. Dr. Heidi Foth (Direktorin des Instituts für Umwelttoxikologie an der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle) und Bettina Lorenz (Mitbegründerin des Vereins Zukunft selber machen – Junge Nachhaltigkeitsideen e.V. und DBU Promotionsstipendiatin) auf die Leistungen der Preisträger 2018 ein. Foth würdigte Boetius, weil es ihr gelinge, einen eigentlich sperrigen Forschungsgegenstand in die Gesellschaft hineinzutragen. Sie mache deutlich, dass die Mikroben in der Tiefsee als eine Art Schutzschild für uns alle arbeiteten, indem sie das Methan abbauten. Was Frau Boetius herausgearbeitet habe, sei für sie wie ein Augenöffner gewesen: „Wir müssen eine Menge gemeinsam machen.“ Zu den Leipziger Preisträgern sagte Bettina Lorenz, sie hätten nicht nur die technologische Leistung zur Entwicklung der Abwassersysteme erbracht, sondern sie auch vor Ort eingesetzt, was für eine technologieorientierte Gruppe eher ungewöhnlich sei. Das auf allen Ebenen zu schaffen, die für eine solche Umsetzung notwendig seien, sei „unglaublich beeindruckend“.

Boetius: Meereisrückgang, Klimawandel, Umweltgifte und Plastikmüll „dramatisch“

Die Preisträger selbst machten in Filmen, die während des Festaktes eingespielt wurden, und im Gespräch mit Moderatorin Judith Rakers ihre Positionen noch einmal deutlich. Antje Boetius sagte, die Tiefsee sei der größte belebte Raum der Erde, von dem aber erst weniger als der Bruchteil eines Prozentes überhaupt erforscht sei. Sie unterstrich die Bedeutung der Mikroorganismen im Meeresboden, die verhinderten, dass das klimaschädigende Treibhausgas Methan in die Atmosphäre gelange. Boetius: „Sonst wären wir praktisch auf einem anderen Planeten.“ Mit Blick auf den weltweiten Ausstoß des ebenfalls klimaschädigenden Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) mahnte

Boetius, rasch zu handeln: „Während wir noch drüber nachdenken, wie wir uns verhalten, ob es wirklich sein muss, dass wir CO<sub>2</sub> einsparen, wird schon alles anders.“ Als „dramatisch“, als „das Schreckliche“ bezeichnete Boetius, dass neben dem schnellen Meereisrückgang und dem schnellen Klimawandel am Meeresboden wie an der Meeresoberfläche auch Umweltgifte und Plastikmüll landeten – und zwar „nicht wenig“. Für sie gehe es „um alles, jetzt“. Es gehe darum, das Wissen aus den Beobachtungen in der Tiefsee und den Klima- und Erdmodellen „direkt in die Gesellschaft zu bringen, um auszuhandeln, wie wir uns für die Zukunft aufstellen müssen“. Boetius: „Das ist absolut wichtig!“

„Man kann konkret Beiträge zum Ressourcenschutz, zur Abwasserbehandlung leisten“

Roland A. Müller vom Leipziger Preisträger-Team wies darauf hin, dass weltweit etwa 90 Prozent des Abwassers nicht oder schlecht behandelt in die Umwelt entlassen würden. Deswegen müsse es das Ziel sein, den Anteil des geklärten, sauberen Wassers „für die nächsten Generationen deutlich zu erhöhen“. Dabei seien Lösungen vor Ort besonders umweltfreundlich, weil das Abwasser gereinigt werde, in der Gemeinde bleibe und dort wiederverwendet werden könne, ergänzte Mi-Yong Lee. Wichtig sei bei dem Abwasserprojekt in Jordanien und dem Bau eines Forschungs- und Demonstrationszentrum zum Thema Abwasser nahe der Grenze zu Israel gewesen, die Menschen vor Ort im direkten Kontakt so zu sensibilisieren, dass sie die gefundenen Lösungen als ihre eigenen Lösungen betrachteten, so Wolf-Michael Hirschfeld. Ein solches Vorgehen könne „zur Stabilisierung und zum Austausch zwischen den Ländern beitragen“, ergänzte Manfred van Afferden. Müller zusammenfassend: „Wir können natürlich als Forscher nicht die Welt retten, aber ich denke, dass unsere Arbeiten gezeigt haben, wie man konkret Beiträge zum Ressourcenschutz, zur Abwasserbehandlung leisten kann.“

## Beschluss zur Erhöhung des Mindestlohns

An Tagen wie diesen freue ich mich natürlich besonders, wenn ich die Bundesumweltministerin im Bundeskabinett vertreten darf. Die vom SPD-geführten Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Verordnung zur Erhöhung des Mindestlohns wurde heute vom Bundeskabinett beschlossen. Sie sieht eine zweistufige Erhöhung, d.h. zum 1. Januar 2019 auf 9,19 und ein Jahr später auf 9,35 Euro brutto je Stunde vor. Dies hatte die zuständige Kommission aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und beratenden Wissenschaftlern im Juni entsprechend empfohlen.

Von diesem Plus von ungefähr 6% werden mindestens zwei Millionen Menschen sichtlich profitieren. Damit sorgt die Bundesregierung dafür, dass auch Menschen mit zur Zeit geringem Einkommen am gesamtwirtschaftlichen Wachstum und der Höhe der Tarifabschlüsse der Vorjahre teilhaben.

---

Der Mindestlohn ist jedoch nach wie vor eine absolute Lohnuntergrenze. Es gilt, gleichzeitig die Tarifbindung zu stärken, damit mehr Menschen die verdiente Chance bekommen, Löhne zu erhalten, die deutlich über dem Mindestlohn liegen. Der Mindestlohn ist ein Kerninstrument sozialdemokratischer Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in unserem Land von ihrer Arbeit leben können. Hier ist auch in Zukunft ein starker Staat gefordert, um einen Niedriglohnsektor zu verhindern und Armutsrisiken wirksam zu reduzieren.

## Vorbereitung zur Klimakonferenz in Katowice

Vom 3. bis zum 14. Dezember findet die nächste UN-Klimakonferenz (COP 24) im polnischen Katowice statt. Heute, am 08.11.18, informieren Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft im Auswärtigen Amt über die anstehenden zwei Verhandlungswochen und diskutieren über die Umsetzungsregeln des Pariser Klimaabkommens und den 1,5-Grad-Bericht des Weltklimarats. Unter der Leitung Polens wird auf der COP 24 das Regelwerk des Pariser Übereinkommens verabschiedet – eine Art Bedienungsanleitung zur Umsetzung des internationalen Abkommens in den einzelnen Mitgliedstaaten. Darin soll auch geklärt werden, wie die Emissionen der Länder transparent gemessen und geprüft werden können. Für das Bundesumweltministerium nehme ich als Parlamentarische Staatssekretärin an der Konferenz teil.

Die Lücken zwischen den beschlossenen Zielen – die Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu beschränken –, den angestrebten nationalen Beiträgen (NDCs) und der aktuellen Emission von Treibhausgasen sind groß. Das macht auch der neueste Sonderbericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) deutlich. Auf den Wunsch zahlreicher Vertragsstaaten in Paris war der Weltklimarat eingeladen worden, den wissenschaftlichen Kenntnisstand zu 1,5 Grad globaler Erwärmung zusammenzustellen. Das Ergebnis: Nur durch schnelle und drastische Emissionsreduktionen in allen Bereichen unserer Gesellschaft kann die Weltgemeinschaft das 1,5-Grad-Ziel noch schaffen. Bei der derzeitigen Erwärmungsgeschwindigkeit würden 1,5 Grad bereits in den 2040ern erreicht.

Der IPCC-Bericht ist ein wichtiger Input für den sogenannten Talanoa-Dialog, bei dem die Ministerinnen und Minister diskutieren, wie die Staatengemeinschaft ihre Klimaschutzanstrengungen verbessern kann. Beim heutigen Berliner Briefing stellen zwei hochrangige Experten den Bericht vor: Der IPCC-Vorsitzende Hoesung Lee, der in seiner neuen Funktion als Chef des Weltklimarats zum ersten Mal in Deutschland spricht, und sein deutscher Kollege Hans-Otto Pörtner, Ko-Vorsitzender der IPCC-Arbeitsgruppe II „Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit“.

Unter dem Motto „From Talanoa to Action“ treffen sich mehr als 200 Besucher aus dem Diplomatischen

Corps, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und tauschen sich bei der gemeinsamen Veranstaltung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Wissenschaftsverbands Deutsches Klima-Konsortium aus.

### Statements der Expertinnen und Experten

#### **Walter J. Lindner, Staatssekretär, Auswärtiges Amt:**

„Die Verabschiedung des Klimaabkommens von Paris war eine Sternstunde des Multilateralismus. Von Katowice soll nun das Signal ausgehen, dass die internationale Gemeinschaft die Umsetzung des Pariser Abkommens im Schulterschluss vorantreibt. Uns bleiben noch 10, vielleicht 20 Jahre – so der deutliche Weckruf des Weltklimarats IPCC – um den klimapolitischen Hebel umzulegen. Denn wenn es uns nicht gelingt, die Erderwärmung zu begrenzen, werden die Folgen viele Staaten überfordern. Für die deutsche Außenpolitik bedeutet dies, dass wir Klima- und Außenpolitik noch enger verzahnen sollten, vor allem im Hinblick auf Sicherheit und Frieden.“

#### **Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:**

„Von der 24. Weltklimakonferenz in Katowice erwarte ich ein starkes Aufbruchssignal der Weltgemeinschaft für mehr Klimaschutz. Jetzt müssen wir das Abkommen von Paris mit Leben füllen. Deshalb brauchen wir ein robustes Regelwerk, damit alle Staaten Klarheit erhalten, wie sie das Abkommen umsetzen sollen. Ziel des Talanoa Dialogs ist es, mit Blick auf die globalen Emissionen festzuhalten, wo die Staatengemeinschaft bei der Umsetzung des Pariser Abkommens grade steht, wo sie stehen müsste und wie sie ihre Ambitionen verbessern kann.“

#### **Prof. Dr. Hoesung Lee, Vorsitzender, Weltklimarat IPCC:**

„Der neue Sonderbericht des Weltklimarats zeigt, dass es nicht unmöglich ist, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Jedoch sind dafür nie dagewesene Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft notwendig. Damit eng verknüpft ist das Erreichen anderer globaler Ziele wie nachhaltiger Entwicklung und der Beseitigung von Armut.“

#### **Prof. Dr. Hans-Otto Pörtner, Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe II „Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit“, Weltklimarat IPCC und Meeresbiologe am Alfred-Wegener-Institut:**

„Aus wissenschaftlicher Sicht spricht alles dafür, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Damit bliebe der Menschheit die Möglichkeit erhalten, die Artenvielfalt zu schützen und wichtige Grundlagen für Gesundheit, Ernährung und Wohlergehen auf diesem Planeten zu bewahren. Mit dem neuen IPCC-Sonderbericht zu 1,5 Grad globaler Erwärmung hat die Wissenschaft die Fakten auf den Tisch gelegt und damit

---

auch für die Weltklimakonferenz in Katowice eine wichtige Orientierung geliefert.“

Quelle: BMU

## Kapitelhaus auf der Dominikanerinsel erhält Förderung aus Denkmalschutz

Für die Sanierung und Restaurierung des Kapitelhauses auf der Dominikanerinsel in Konstanz stellt der Bund insgesamt 370.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes zur Verfügung.

Das sind wirklich tolle Neuigkeiten für die Stadt, ihre Bewohnerinnen und Bewohner. 370.000 Euro stellt der Bund für die Sanierung des Kapitelhauses des ehemaligen Dominikanerklosters zur Verfügung. Dass das Kapitelhaus mit dieser Forderung aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm bedacht wird, zeigt auch die Bedeutung als prägendes Kulturdenkmal. Der Bund leistet mit seinem Denkmalschutz-Sonderprogramm regelmäßig einen wichtigen Beitrag zum Erhalt solcher bedeutsamer Kulturdenkmäler. Ich bin mir sicher, dass mit der Sanierung ein weiterer Anziehungspunkt für Bürgerinnen und Bürger aber auch für die Gäste der Stadt entsteht.

Mit dem Denkmalschutz-Sonderprogramm beteiligt sich der Bund an der Sanierung von national bedeutsamen Denkmälern in ganz Deutschland. Der Deutsche Bundestag hatte im Bundeshaushalt 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro etabliert.

## Mehr Geld für Langzeitarbeitslose im Kreis Waldshut

2019 steht dem Jobcentern im Landkreis Waldshut rund 738.000 Euro mehr für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung als im Jahr 2018. Das hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mir mitgeteilt. Für die Langzeitarbeitslosen ist das ein echtes Plus. Damit können die Jobcenter ihnen zielgenau helfen und sie besser in Arbeit vermitteln. Das gibt es nur, weil die SPD in der Regierung ist.

Das Jobcenter Waldshut erhält 2019 demnach 737.885 Euro zusätzlich im Vergleich zum Vorjahr. Das sind insgesamt etwa 3,8 Mio. Euro für Waldshut.

Neben diesem Mehr an Mitteln wird die Region auch von zusätzlichen Finanzierungsquellen für den Sozialen Arbeitsmarkt profitieren, der heute im Bundestag beschlossen wurde. Es ist gut, dass der Soziale Arbeitsmarkt endlich kommt. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist nicht nur volkswirtschaftlich klüger, sondern auch eine Zeitenwende in der Sozialpolitik. Der Bund stärkt die soziale Teilhabe von

Menschen, die schon sehr lange nach Arbeit suchen. Dazu werden wir bundesweit 4 Milliarden Euro einsetzen. Das ist konkrete Politik für den sozialen Zusammenhalt im Land.

## Radolfzeller Münster profitiert von Förderung des Bundes

Das Radolfzeller Münster Unserer Lieben Frau erhält aus dem Fördertopf „Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland“.

Diese spätgotische Pfeilerbasilika direkt am Marktplatz von Radolfzell ist ein wahrer Anziehungspunkt sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gäste der Stadt. Ich freue mich sehr mit der Kirchengemeinde und der Stadt, dass das Münster von Seiten des Bundes mit 1 Million Euro unterstützt wird. Mit verschiedenen Förderprogrammen leistet der Bund regelmäßig einen wichtigen Beitrag, um bundesweit Kulturmaßnahmen zu fördern. Die hohe Fördersumme zeigt auch die Bedeutung des Radolfzeller Münsters über die Region hinaus. Ich bin davon überzeugt, dass das Geld hier beim Radolfzeller Münster gut angelegt ist.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre  
Rita Schwarzelühr-Sutter

#### Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T: 030 – 227 73 071  
F: 030 – 227 76 173  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22  
79761 Waldshut-Tiengen  
T: 07751 – 91 76 881  
F: 07751 – 91 76 882  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de)

Home:  
Facebook:  
Twitter:  
Instagram:

[www.schwarzueluehr-sutter.de](http://www.schwarzueluehr-sutter.de)  
[facebook.com/schwarzueluehrsutter](https://facebook.com/schwarzueluehrsutter)  
[twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)  
[instagram.com/rischwasu/](https://instagram.com/rischwasu/)